

so die Dokumentation zur Öffentlichkeitsinitiative der Bistümer, der wechselseitige Lernprozeß gezeigt: Solche Beratung konfrontiere die Kirchen mit ihrer Fremdwahrnehmung, mit ihrem eigenen Image; externe Beratung könne besser als kircheneigene Kräfte inspirieren und zum Einsatz innovativer Mittel motivieren. Allerdings dürfe sie nie zum Selbstzweck werden und könne für die Kirche nur erfolgreich sein, „wenn sie die besonderen Rahmenbedingungen kirchlicher Kommunikation berücksichtigt“. fo

Diskrepanz

Warum soziale Dienstpflicht, wenn es für „Freiwillige“ zu wenig Plätze gibt?

Nach Mitteilung von Bundesjugend- und Familienministerin *Claudia Nolte* begannen zum 1. September dieses Jahres 8100 junge Menschen (ganz überwiegend Mädchen) im Alter zwischen 17 und 27 ihr Freiwilliges Soziales Jahr. Zum gleichen Zeitpunkt traten 1100 Jungen und Mädchen ihren Dienst im Rahmen des erst vor zwei Jahren eingeführten Freiwilligen Ökologischen Jahres an. Dabei überstieg in beiden Bereichen die Zahl der Bewerber die zur Verfügung stehenden Plätze bei weitem, beim Freiwilligen Sozialen Jahr rund um das Zweieinhalbfache, beim Freiwilligen Ökologischen Jahr fast um das Fünffache. Man könnte über dieses Mißverhältnis entsetzt sein; ganz verwunderlich ist zumindest die hohe Nachfrage, deren Ausmaße allerdings auch nicht überschätzt werden dürfen, jedoch nicht.

Die Bewerberzahlen nehmen seit Jahren zu. Dies spricht keineswegs nur für die Güte des Instituts und ist für sich genommen auch kein Beweis für ein wachsendes soziales Interesse oder gar Engagement unter jungen Menschen, sondern hat höchst unspektakuläre Ursachen: Die Lehrstellen sind knapp, also sucht mancher (manche) ein vorübergehendes Unterkommen. Die Le-

benschancen, die sich einem bieten, sind unübersichtlich und schwer kalkulierbar; man kennt die eigenen Fähigkeiten und Neigungen noch nicht zur Genüge.

Man will Erfahrungen sammeln; sehen, was man sich selbst zutrauen kann und mag. Vielleicht klärt sich dabei der einzuschlagende berufliche Weg. Und eine berufliche Empfehlung ist ein freiwillig geleistetes soziales Jahr allemal. Träger- und Begleitorganisationen haben sich längst auf diese gegenüber der rein sozialen Zielsetzung deutlich veränderte Erwartungshaltung eingestellt.

Einigermaßen seltsam wirkt allerdings das weite Zurückbleiben des Angebots hinter der Nachfrage. Keine zehntausend Plätze in der ganzen Bundesrepublik, ein Einfühlungs- und Leistungsausweis für die unmittelbar dafür Verantwortlichen ist das nicht. Landauf, landab ist aus den Wohlfahrtsverbänden zu hören, ganze Einrichtungen würden zusammenbrechen, gäbe es die *Zivildienstleistenden* nicht, und dann soll es nicht möglich sein, einige tausend Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres mehr unterzubringen?

Die Wohlfahrtsverbände als direkt Angesprochene klagen über die Knappheit der öffentlichen Hände. Bund und Länder verweigerten die für die Einrichtung von solchen Stellen nötigen Mittel. Und da zur Zeit bei den öffentlichen Ausgaben auf allen Seiten und in allen Bereichen, vom Wehretat über die Bildungsleistungen bis zur Entwicklungshilfe gespart und selbst in gesetzliche Leistungen eingegriffen werden muß, ist von dorthier für absehbare Zeit Besserung auch nicht zu erwarten.

Aber es wäre verfehlt, die Gründe allein dort zu suchen. Es ist zu schlicht, wenn die Träger das Fehlen eines ausreichenden Angebots allein dem Staat anlasten. Es gibt widerstrebende Probleme in den Einrichtungen, den Trägern und deren Personal selbst. Jugendliche, die sich noch in der Phase der Selbstexperimentation befinden und sich einem solchen Dienst unterziehen, haben ihre starken und ihre

schwachen Seiten. Sie bringen Idealismus mit, haben Erwartungen, aber nicht jeder und jede ist den Belastungen eines solchen Dienstes auf Anhieb gewachsen. Die jungen Menschen brauchen Begleitung, erfordern Geduld. Mit Einführungsseminaren und Begleitgesprächen allein ist es noch nicht getan. Die Probleme müssen vor Ort bewältigt werden. Das bringt Sand ins Getriebe der Arbeitsorganisation, stellt zusätzliche Anforderungen an das „normale“ Personal.

Die jungen Freiwilligen geraten in das ein Stückweit natürliche Spannungsverhältnis Hilfskräfte – Professionalisierung. Mehr Hilfs- und Anlernkräfte belasten nicht nur die Arbeitsweise und Arbeitszeit der ausgebildeten Kräfte; sie stellen in den Augen der Profis vielmehr eine Bedrohung des eigenen Berufsbildes dar. Man will dem Eindruck entgegenwirken: „Pflegen kann jeder“, weil man darin eine Abwertung der eigenen Leistung sieht. Die in den Trägereinrichtungen und von Pfleger- und Schwesternvertretern ventilierte Faustregel „Es dürfen keine Dienstleistungen fehlen, wenn freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausfallen“, macht deutlich, wo der Schuh drückt.

Natürlich sind Hilfskräfte, die in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden sollen und zugleich besonderer Rücksicht bedürfen, die aber, sobald sie „integriert“ sind, ihren Dienst wieder beenden, immer irgendwie unbequem. Aber es ist auch nicht gerade ein Zeichen von Beweglichkeit in den pflegerischen und sonstigen sozialen Einrichtungen, wenn man sich davon allzu sehr beeindruckt läßt oder daraus gar einen Vorwand strickt, um interessiert nachfragende junge Menschen abweisen zu können.

Gegenwärtig wird von politischer Seite immer wieder die Einführung eines Sozialen Pflichtjahres gefordert, und sei es auch nur, um im erwarteten Übergang von der Rekruten- zur Berufsarmee Probleme der Wehrgerechtigkeit zu lösen. Da wäre es doch doppelt an der Zeit, erst einmal die Nachfrage der Freiwilligen zu befriedigen. Dann kann man weitersehen. se